

Stellv. Bürgermeister Wehage teilt mit, dass Bürgermeister Raetz turnusgemäß die Rheinbacher Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher zum informellen Austausch am 21. Dezember 2017 eingeladen habe. Ein Thema sei die Wiederaufnahme der Reihe der Bürgergespräche in den Ortschaften im kommenden Jahr.

Des Weiteren berichtet er, dass das Ministerium des Inneren zur Harmonisierung der kommunalwahlrechtlichen Fristen eine KWahlG-Novelle 2018/2019 plane, um Übergangsregelungen zu schaffen. Die derzeit geltenden Vorschriften sehen vor, dass eine Verkleinerung der Räte nur bis zu einer Frist von 45 Monaten nach Beginn der Wahlperiode, also bis zum 28. Februar 2018, möglich ist. Den Fraktionen gebe er hiermit für die sitzungsfreien Zeit mit auf den Weg, sich mit dieser Option zu beschäftigen.